

DIE SPITZE**Lächeln und winken**

Die CDU würde sich sehr freuen. Auch Frau Merkel würde sich wohl freuen wollen. Genauso wie Guido Westerwelle. Worüber sie sich alle freuen würden? Über eine zweite Amtszeit von Horst Köhler. Doch der Bundespräsident ziert sich noch. »Ja, Vorfreude ist die schönste Freude«, wird er sich denken, sein Staatsoberhaupt ein wenig neigen und sanftmütig lächeln.

Doch woran erkennt man eigentlichen den Richtigen fürs Amt? Daran, dass er es schon vier Jahre gemacht hat? Wir finden: nein. Und wünschen uns deshalb ein knallhartes Auswahlverfahren. Warum nicht zehn Kandidaten auswählen und sie unter öffentlicher Beobachtung testen?

Beim Foto-Shooting müssten sie mal unschuldige Miene zum bösen Spiel machen, und mal den Durchblick in nebulösen Zeiten markieren. Oder wie wäre es mit dem Madagaskar-Pinguin-Test: »Immer Lächeln und winken, Freunde.« Bei der Fernsehansprache müssten sie dann noch eine Schippe drauflegen: Nicht nur minutenlang in die Kamera lächeln, sondern dabei auch noch einen Text vorlesen.

Doch so unterhaltsam wird die Wahl sicher auch diesmal nicht werden. Wahrscheinlich sitzt SPD-Chef Kurt Beck gerade im Garten und sammelt kleine Gänseblümchen. Wofür? Er zupft den nächsten Bundespräsidenten aus: Köhler wird's, Köhler wird's nicht, Köhler wird's...

KONJUNKTUR**IG Metall bleibt optimistisch**

Mit einem kräftigen Wachstum im ersten Quartal hat die deutsche Wirtschaft viele Wirtschaftsexperten überrascht.

Für die IG Metall kamen die jüngsten Zahlen allerdings nicht so unerwartet. Sie hatte schon länger vor Panikmache gewarnt. Ihre Prognose: Das Wachstum geht in diesem Jahr deutlich weniger zurück, als viele Institute erwarten.

Dafür spricht nach Ansicht der IG Metall, dass die bisherige wirtschaftliche Entwicklung noch immer relativ stabil ist. Selbst die Finanzmarktkrise schlug bisher nicht auf das Wachstum durch. Eine Gefahr für das Wirtschaftswachstum gehe daher auch weniger von den Finanzmärkten als

vielmehr von einem zu geringen Konsum aus. Zwar deutet sich bei der Nachfrage unter den Verbrauchern ein Anstieg an.

Doch komme dieser Anstieg von einem sehr niedrigen Niveau. Fraglich sei zudem, ob diese Entwicklung weitergehe. Die Preisentwicklung etwa bei Energie könnte der Nachfrage in den kommenden Monaten erneut einen Dämpfer verpassen.

Wichtig ist deshalb, dass das geringere Wachstum in diesem Jahr nicht zu Lasten der Lohnentwicklung geht. Den Preisanstieg können die Unternehmen aufgrund ihrer Gewinne in den vergangenen Jahren deutlich leichter schultern als die Beschäftigten.

LOHNSPIEGEL**Ingenieure mit Tarif haben die Nase vorn****Tarifbindung bringt Ingenieuren Einkommensvorteile**

Ingenieursberufe gesamt	4.652 € mit Tarifvertrag	3.913 € ohne Tarifvertrag
Elektronik-, Fernmelde- ingenieur/in	5.157 €	4.362 €
Elektroingenieur/in	4.759 €	4.192 €
Maschinenbau- ingenieur/in	4.744 €	3.975 €
Chemieingenieur/in	4.731 €	3.762 €
Wirtschaftsingenieur/in	4.520 €	3.913 €
Softwareingenieur/in	4.411 €	3.940 €
Bergbauingenieur/in	4.357 €	3.958 €
Bauingenieur/in	3.933 €	3.148 €

Datenbasis: Angaben von
7 040 Ingenieuren,
ohne Zulagen/Zuschläge
und Sonderzahlungen
Quelle:
www.lohnspiegel.de 2008
© Hans-Böckler-
Stiftung 2008

Fast 19 Prozent verdienen Ingenieure mehr, wenn ihr Unternehmen nach Tarif zahlt. Auch bei der Arbeitszeit stehen sie sich besser.

10

Inhalt**AUSBILDUNG:**
Noch keine
Trendwende**SEITE 2****OSTEUROPA:**
Gewerkschaften
im Umbruch**SEITE 3****AUSBILDUNG:**
Kernberufe statt
Modularisierung**SEITE 4****VERTRAUENSLEUTE:**
Frischer Wind nach
den Wahlen**SEITE 5****STICHWORT:**
Altersarmut**SEITE 6****ARBEIT UND RECHT:**
Schmerzensgeld
für Mobbingopfer**SEITE 7****INFOS UND TIPPS****SEITE 8**

In Betrieben fehlen Facharbeiter, und zehntausende Schulabgänger suchen nach Lehrstellen. Was tut sich am aktuellen Ausbildungsmarkt?

Stellen die Betriebe genügend Auszubildende ein?

»Wir haben in diesem Jahr 16 Auszubildende eingestellt, davon sieben im Angestelltenbereich. Im vergangenen Jahr waren es nur fünf Azubis im Angestellten- und fünf im Gewerblichenbereich, also deutlich weniger. Natürlich haben wir als Betriebsrat durch harte, aber auch faire Verhandlungen Druck gemacht. Aber die Geschäftsleitung hat auch begriffen, dass wir im Maschinenbau qualifizierte Leute brauchen. Über die Leiharbeit lassen sich unsere Anforderungen immer schwieriger abdecken. Wir brauchen eine gut qualifizierte Stammebelegschaft.«

Georg Bayer, Betriebsratsvorsitzender, Faun, Lauf

»Wir werden voraussichtlich elf neue Auszubildende einstellen, das sind etwas weniger als im letzten Jahr. Die Ausbildungsquote insgesamt liegt bei rund 3,7 Prozent, ist also viel zu niedrig. Verantwortlich dafür ist die Zentrale in München, von dort kommen die Vorgaben. Dazu kommt, dass unsere Azubis einen Großteil Ihrer fachtheoretischen Ausbildung nicht direkt bei Infineon bekommen, sondern in der Ausbildungsstätte der Firma Qimonda (DCA) in Dresden. Das Niveau der Ausbildung ist sehr hoch. Allerdings ist es für uns als Betriebsrat jedes Jahr ein neuer Kampf, Ausbildungsstellen bei der Firmenleitung durchzusetzen.«

Heiko Vogel, Betriebsratsmitglied bei Infineon, Dresden

»Wir haben für das kommende Lehrjahr 37 Auszubildende eingestellt. Das ist genauso viel wie im vergangenen Jahr. Insgesamt erreichen wir an allen Standorten eine Quote von fünf Prozent, bezogen auf die Stammebelegschaft. Die Anzahl der Bewerbungen ist in Nordenham zwar zurückgegangen. Vermutlich wegen der Krise bei Airbus. Aber wir hatten auch in diesem Jahr reichlich Auswahl.«

Petra Deters, Betriebsratsmitglied, Airbus, Nordenham

»Die Zahl der Ausbildungsplätze ist konstant, da wir das über eine Betriebsvereinbarung absolut geregelt haben. Was wir nicht geregelt haben, ist, wieviel davon anschließend übernommen werden. Das Unternehmen nutzt die Öffnung des Tarifvertrages, über Bedarf auszubilden. Wobei schon etwa 80 Prozent übernommen werden.«

Markus Eulenbach, Betriebsratsvorsitzender, Rasselstein, Neuwied

»Bei uns steigt die Zahl der Ausbildungsplätze flächendeckend. Wir haben bei uns im Kreis nur noch 4,2 Prozent Arbeitslose. Viele Betriebe merken jetzt, dass ihnen Fachkräftemangel droht. Wir haben schon konkrete Vereinbarungen für mehr Auszubildende.«

André Arenz, Jugendsekretär, IG Metall Olpe

Noch keine Trendwende

Der Berufsbildungsbericht 2008 bestätigt: Im vergangenen Ausbildungsjahr erhielten rund 100 000 Lehrstellenbewerber keinen Ausbildungsplatz.

»Trotz des konjunkturellen Aufschwungs ist die Trendwende in der Ausbildung nicht geschafft worden«, analysiert Ingrid Sehrbrock, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, den aktuellen Berufsbildungsbericht 2008. Dem Bericht zufolge hat sich das Angebot betrieblicher Ausbildungsstellen im vergangenen Jahr zwar erheblich erhöht. Unterm Strich blieben aber dennoch rund 100 000 Jugendliche ohne Lehrstelle.

Besonders problematisch ist die »Bugwelle« an Altbewerbern. »Etwa 385 000 Jugendliche haben sich seit Jahren erfolglos beworben und tauchen als Altbewerber wieder auf«, kritisiert Sehrbrock in einer Stellungnahme, »deshalb

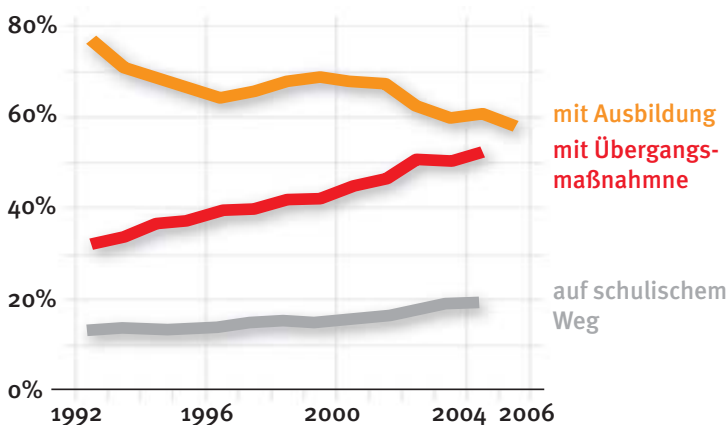
müssen alle »Warteschleifen« an berufsbildenden Schulen und bei Bildungsträgern in drei Jahren vollständig abgebaut werden: Wer Fachkräfte braucht, bildet sie am besten selber aus.«

Auch in diesem Jahr hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) eine Zunahme betrieblicher Lehrstellen registriert. Gegenüber dem Vorjahr ist ihre Anzahl um 38 700 angestiegen. Parallel ist die Anzahl der Bewerber um 93 500 abgesunken. Die BA macht dafür die geringe Geburtenrate verantwortlich sowie die aktuell gute Konjunktur. Viele Schulabgänger suchten sich angesichts der verbesserten Arbeitsmarktlage selbständig eine Lehrstelle. Mit einer fundierten Analyse des Ausbildungsmarkts hält sich die BA allerdings zurück.

Es bleibt abzuwarten, wie sich das Meldeverfahren Jugendlicher und der Ausbildungsbetriebe in den kommenden Monaten ändert.

Trend zur Übergangslösung

So viele Schulabgänger begannen eine Berufsausbildung



Summe der Quoten in einem Jahr >100%, da die Anfängerzahlen sich aus Schulabgängern mehrerer Jahre zusammensetzen. Quelle: Berufsbildungsbericht 2006 © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Immer weniger Abgänger finden einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Immer mehr nehmen den Weg über Übergangsprogramme.

IMPRESSUM

direkt - Der Infodienst der IG Metall
Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzel, Bertin Eichler
IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main
Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund (verantw. i. S. d. P.), Chefredakteurin: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Dirk Erb, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan; Gestaltung: Gudrun Wichelhaus; Bildredaktion: Michael Schinke
Vertrieb: Reinhold Weißmann, Tel.: 069/66 93-22 24, Fax: 069/6693-25 38, vertrieb@igmetall.de; Druck: apm AG, Darmstadt
Anzeigen: Patricia Schledz, Tel.: 06151/8127-0, Fax: 06151/809398, schledz@zweiplus.de
direkt im Internet: www.igmetall.de/direkt
TELEFON DER REDAKTION: 069/6693-2633 · FAX: 069/6693-2000 · DIREKT@IGMETALL.DE
Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Osteuropa: Gewerkschaft muss Streiks anmelden

»Gewerkschaften im Umbruch – Betriebliche und überbetriebliche Handlungsarenen« unter diesem Titel diskutieren rund 200 Gewerkschafter die Zukunft der Arbeitnehmerorganisationen in Ost und West anlässlich der 9. Internationalen Konferenz der Otto Brenner Stiftung (OBS).

Arbeitnehmervertreter – vor allem aus Slowenien, Kroatien, Serbien, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen, Österreich und Deutschland – diskutierten drei Tage lang Perspektiven der gewerkschaftlichen Arbeit. Der Anlass: die 9. Internationale Konferenz der Otto Brenner Stiftung vom 14. bis 16. Mai 2008 in Kranjska Gora in Slowenien.

Die Unterschiede zwischen Ost und West sind immer noch groß: Es gibt auf der einen Seite Unter-

schiede zwischen den Gewerkschaften in Mittel- und Osteuropa (MOE), die sich im Zeitraffer seit 1990 neu erfinden mussten. Der Organisationsgrad liegt bei 42 Prozent in Slowenien, 20 Prozent in Tschechien und 14 Prozent in Polen. Auf diesem Level stabilisieren sich die Mitgliederzahlen. Ein weiteres Problem: die Aufspaltung in unterschiedliche gewerkschaftliche Dachverbände.

Staat legt Lohn fest

Gemeinsam ist all diesen Ländern die dominierende Rolle des Staates bei der Festlegung der Entlohnung. Es fehlen meist branchenbezogene Tarifverhandlungen. Und die Unternehmenslandschaft hat sich in Richtung kleinerer und mittlerer Unternehmen gewandelt.

Eine gesetzliche Regelung oder Vorschrift ist keine Garantie für gewerkschaftliches Handeln, so ein Ergebnis der Diskussionen. Gerade die detaillierte Festlegung von Arbeitsgesetzen und Streikvorschriften kann sich hemmend auswirken. In Tschechien – um nur ein Beispiel zu nennen – müssen Streiks mit mehrtägiger Vorlaufzeit angemeldet und eine Liste sämtlicher streikbereite Beschäftigten dem Arbeitgeber übergeben werden. Kein Wunder, dass es in den meisten MOE-Staa-

ten praktisch keine Streiks gab. Recht haben, reicht also nicht aus.

Wie kann diese Erkenntnis in praktische Veränderung münden, fragten die Teilnehmer. Wer interessieren will, muss provozieren, antworteten Kampagnenplaner aus Österreich. Durch Vernetzung und Austausch muss das Rad nicht immer wieder neu erfunden werden. Das ist gerade für Gewerkschaften mit geringen Beitragseinnahmen wichtig.

Stärke in Europa setzt Stärke im eigenen Land voraus und das heißt Mitglieder in den Betrieben. Ebenfalls einig waren sich alle Konferenzteilnehmer, dass sie eine neue EBR-Richtlinie brauchen.

Heute gibt es 850 europäische Betriebsräte mit 14 000 einzelnen Mitgliedern. Sie sind die Akteure, die grenzüberschreitend praktische Zusammenarbeit und Solidarität organisieren. Die seit 1994 bestehende Richtlinie sollte schon 1999 überprüft werden. Das ist dringend notwendig: Es fehlen Ressourcen und Qualifizierung. Es gibt juristische Unklarheiten und die Schwellenwerte zur Gründung von EBR sind zu hoch. Mit einer gemeinsamen Resolution fordert die Konferenz die EU-Kommission auf, eine revidierte Richtlinie bis Juni 2008 vorzulegen.

► Mehr Informationen zu Konferenz der Otto Brenner Stiftung gibt es im Internet unter:
www.otto-brenner-stiftung.de

► Die Konferenz der Otto Brenner Stiftung fand in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung und dem Europäischen Gewerkschaftsinstitut statt.

Neue Spitze bei OBS

Das ehemalige IG Metall-Vorstandsmitglied Wolf Jürgen Röder und der ehemalige Funktionsbereichsleiter Sozialpolitik Hans-Josef Legrand sind seit April 2008 die neue Doppelspitze der OBS. Sie ersetzen Elke Eller. Sie ist Vorstand für Personal und Organisation der Volkswagen-Tochter Financial Services AG.

SPORTINDUSTRIE

Lohn reicht nicht

Über menschenverachtende Arbeitsbedingungen in der Sportbekleidungsindustrie berichtet eine Broschüre, die das internationale Play-Fair-Bündnis herausgegeben hat. Dafür wurden Arbeiterinnen aus Fabriken in China, Indien, Thailand und Indonesien befragt. Zu den größten Missständen zählt der Report fehlende Rechte auf Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen, den Missbrauch kurzfristiger Arbeitsverhältnisse und Löhne, die nicht das Existenzminimum decken. Den Report gibt es auf der Internetseite der Kampagne für saubere Kleidung: ► www.sauberekleidung.de

Extranet

Material für die JAVi-Wahlen im Herbst

Der nächste Wahltermin für die Jugend- und Auszubildendenvertretungen ist im Herbst dieses Jahres. Aber auch vorher oder auch später lassen sich JAVis in den Betrieben wählen: Nämlich überall dort, wo es bisher keine Jugendvertretung gibt.

Im Extranet, dem Onlinenetz für die Aktiven, findet Ihr alles, was Ihr braucht: Wer wählen und gewählt werden darf, welche Wahlverfahren es gibt, wie die Wahl funktioniert, worauf zu achten ist, wie Kandidatensuche und Wahlen

gestaltet werden können. Unser Highlight ist der digitale Wahlkalendar. Er berechnet alle Termine und liefert die nötigen Infos und Formulare, zum Beispiel für die Bestellung des Wahlvorstandes, Auslegen von Wählerliste und Wahlordnung, Wahlversammlung und Bekanntmachungen. Und sonst?

Natürlich gibt es auch Logos, Faltblätter, Präsentationen, einen Flash-Film, Leporellos, Visitenkarten, Musterschreiben, Checklisten und Rechtsinfos.

► Das Extranet bietet einen täglichen Infodienst. Dieser Dienst der IG Metall weist auf Neuigkeiten hin, empfiehlt interessante Presseartikel und enthält außerdem einen Servicetipp sowie eine Grafik.

Extranet: extranet.igmetall.de
Erstanmeldung: extranet.igmetall.de/erstanmeldung

Abschied vom dualen System?

► **Der Europäische Qualifizierungsrahmen (EQR) soll bis 2012 national umgesetzt werden. Modularisierung ist nach Auffassung der IG Metall darin nicht vorgeschrieben.**

► **Mehr Infos zur Modularisierung und zum IG Metall-Konzept »Europäische Kernberufe« im Berufsbildungsportal der IG Metall: www.igmetall-wap.de**

Dort gibt es auch das IG Metall-Experten-gutachten »Berufsbildungs-Perspektive 2008«

► **Anders als die Autohersteller, die zur Taylorisierten Produktion zurückgehen, sind die Handwerks-Arbeitgeber für »breitbandige« Berufe.**

Ende April hat das Europaparlament den Europäischen Qualifizierungsrahmen (EQR) angenommen. Mit dem EQR sollen Ausbildungsergebnisse in Europa vergleichbar gemacht werden. In Deutschland wollen Teile der Industrie die EQR-Umsetzung zur Aufsplitterung der Ausbildung in Einzelmodule nutzen.

Der EQR sieht acht Qualifizierungsstufen vor, in die Arbeitnehmer nach einem Leistungspunktesystem einsortiert werden. Dabei zählen Lernergebnisse und nicht Lehrinhalte sowie Bildungsgänge. Das Ziel: Zugangschancen zu Bildung und die Durchlässigkeit zwischen den Bildungssystemen zu erhöhen. Der EQR soll bis 2012 auf nationaler Ebene umgesetzt werden. Dies wollen die Arbeitgeber, besonders die Autoindustrie, zu einer grundlegenden Änderung der Berufsausbildung nutzen.

Die ganzheitliche Ausbildung soll in zehn bis 14 einzeln zertifizierte Module zerlegt werden. Die Modularisierungsbefürworter stützen sich auf das Leistungspunktesystem, das Wertungen für einzelne Teilqualifikationen vergibt. Modularisierer wie Eckart Severing

vom arbeitgebernahem Institut Betriebliche Bildung sitzen bei Bildungsministerin Schavan mit am Tisch. Severing will einen Umbau hin zur »kostengünstigen Bereitstellung nachgefragter Qualifikationen«. So würden mehr junge Menschen zu einer Ausbildung kommen, glaubt er. Derzeit läuft bei fünf Autounternehmen ein von ihm betreutes Pilotprojekt.

IG Metall will Kernberufe

Die IG Metall und zahlreiche Wissenschaftler lehnen die Zersplitterung ab. Berufsprinzip und ganzheitliche berufliche Handlungsfähigkeit werden damit ausgehebelt. Wenn die spezielle Arbeit im Betrieb wegfällt, hat der durch Einzelmodule angelernte Beschäftigte keine Perspektive mehr. Und: Niedrigqualifiziert heißt auch Niedriglohn. »Wir wollen Gute Arbeit und qualifizierte Ausbildung für die Menschen«, forderten über 200 Betriebsräte und Jugendvertreter in ihrer »Frankfurter Erklärung« im vergangenen Jahr. Das Alternativkonzept der IG Metall: gemeinsam vollwertige, einheitliche und übertragbare europäische Kernberufe entwickeln.

KFZ-HANDWERK NRW

IG Metall verhandelt jetzt in den Betrieben

Im Kfz-Handwerk NRW ist die IG Metall dabei, Betrieb für Betrieb neue Tarifverträge durchzusetzen. Zuvor hatte der Landesverband des Kfz-Handwerks einen Dumping-Tarifvertrag mit der »Christlichen Gewerkschaft Metall« vereinbart (direkt berichtete). Werner Birkhahn, IG Metall-Verhandlungsführer hat angekündigt: »Wir werden alles dafür tun, dass es künftig auch in Nordrhein-Westfalen wieder einen Flächentarifvertrag in Kraftfahrzeughandwerk gibt.«

Bei Redaktionsschluss lagen bereits für 22 Kfz-Betriebe mit insgesamt 1500 Beschäftigten neue Tarifverträge vor. In diesen Betrieben gelten jetzt die gleichen Tarifbedingungen, die auch in anderen bundesdeutschen Tarifgebieten durch-

gesetzt wurden: Rückwirkend zum 1. April gibt es 2,5 Prozent höhere Löhne, am 1. Dezember 2008 und 2009 jeweils noch einmal zwei Prozent. Gleichzeitig gelten die alten Arbeitszeit-, Urlaubs- und Weihnachtsgeld-Regeln fort. Damit ist ein echtes Lohnplus gesichert.

Nur unter Vorbehalt

Parallel rät die IG Metall allen Mitgliedern, die CGM-Tariferhöhung von 2,8 Prozent nur unter Vorbehalt anzunehmen. Werner Birkhahn: »Wer die 2,8 Prozent widerspruchslos akzeptiert, der akzeptiert auch bis zu drei Stunden mehr Arbeit pro Woche.«

Aktuell steht die IG Metall in 23 weiteren Betrieben Nordrhein-Westfalens in Tarifverhandlungen für mehrere Tausend Beschäftigte.

► Im Gespräch

KAROLA FRANK

GJAV-Vorsitzende der Audi AG

? **direkt:** Derzeit läuft bei euch, wie in vier anderen Autounternehmen, ein Modellversuch zur Modularisierung der Ausbildung. Was wird da bei euch gemacht?

► **Karola Frank:** Unser Forschungsfeld ist »Schnittstellen gemeinsamer berufsübergreifender Qualifikation in einem Berufsbild«. Die Lerninhalte der Berufsbilder Maschinenanlagenführer (zweijährig) und Fertigungsmechaniker (dreieinhalbjährig) werden im Rahmen der dualen Ausbildung in einzelne Units aufgeteilt und später bepunktet. So sollen Module entwickelt werden. Wir versuchen, die Units in unserem Sinne sinnvoll zu gestalten. Auch wenn uns das Thema nicht gefällt.

? **direkt:** Wo liegen die Gefahren?

► **Frank:** Die Firma könnte darauf drängen, dass die dreijährigen Azubis schon nach zwei Jahren aussteigen. Wir wissen nicht, wohin die Reise da gehen soll. Die Arbeitgeber sagen, sie wollen die duale Ausbildung stärken. Ich glaube, sie wollen die Ausbildung einfach kürzen – nach Bedarf des Betriebs – und Kosten sparen.

? **direkt:** Was befürchtest du, wenn die Modularisierung sich allgemein durchsetzt?

► **Frank:** Dann hätten wir klassisch keine Ausbildungsverträge und keine Ausbildungsrahmenpläne – und damit auch keine duale Berufsausbildung – mehr.

? **direkt:** Was bringt der EQR?

► **Frank:** Die Formulierungen sind praxisfern. Die Abgrenzungen werden schwammig: »Kompetenzen, Fähigkeiten, Kenntnisse«. Das macht es für Azubis schwieriger. Die wissen gar nicht mehr, was sie eigentlich können müssen.

? **direkt:** Was hältst du vom Konzept »Europäische Kernberufe«?

► **Frank:** Ich finde es gut, dass wir als IG Metall da Vorstöße machen und neue Wege gehen. Wir haben die duale Berufsausbildung. Lasst uns die weiterentwickeln, statt uns den EQR überstülpen zu lassen.

Frischer Wind für die Vertrauensleutearbeit

IG Metall-Verwaltungsstellen haben die Vertrauensleutewahlen im Frühjahr für einen strategischeren und zielgerichteteren Aufbau von Vertrauensleutestrukturen genutzt.

Dies zeigt eine erste qualitative Auswertung der Wahlen nach einer Umfrage unter 21 Verwaltungsstellen. Quantitative Wahlergebnisse sind erst im Herbst zu erwarten.

Die Auswertung des Ressorts Vertrauensleute beim IG Metall-Vorstand zielte darauf zu erfahren, wie Verwaltungsstellen die Vertrauensleutewahlen und den Aufbau betrieblicher Strukturen angehen. Im Vorfeld wurden hierfür gemeinsam neue strategische Konzepte entwickelt. Ressortleiter Thilo Kämmerer zieht ein positives Fazit: »Überall wurden die Vertrauensleutewahlen intensiv diskutiert und vorbereitet. Alle Verwaltungsstellen haben strategisch wichtige Betriebe definiert. Und die Hälfte hat konkrete Zielvereinbarungen zum Aufbau neuer Vertrauensleutestrukturen getroffen.«

Die Verwaltungsstellen blicken positiv in die Zukunft. Der neue strategische Ansatz bringt einen Aufschwung für die Vertrauensleutearbeit. Besonders gute Erfahrungen haben die Verwaltungsstellen mit mehr Beteiligungsorientierung gemacht. »Vertrauensleute lassen sich vor allem aktivieren, wenn sie in betriebliche Themen eingebunden werden – beispielsweise über Era«, erklärt IG Metall-Trainee Stephan Körprich, der die Auswertung gemacht hat.

Schwierig ist nach wie vor der Zugang zu den Angestellten. Doch auch hier gehen die Verwaltungsstellen bewusster vor, beispielsweise

mit speziellen Branchenfachveranstaltungen.

Mehr junge Vertrauensleute

Dem Ziel, mehr junge Mitglieder für die Vertrauensleutearbeit zu gewinnen, sind die Verwaltungsstellen mit den Vertrauensleutewahlen näher gerückt. Generell haben die Verwaltungsstellen es vermehrt geschafft, ausscheidende Jugend- und Auszubildendenvertreter weiter als Vertrauensleute zu binden. »Viele nutzen die Chance, ihre Vertrauensleutegremien zu verjüngen«, meint Thilo Kämmerer. »Das freut uns natürlich ganz besonders.«

So gingen Verwaltungsstellen die VL-Wahlen an:

- In allen Verwaltungsstellen wurden die Vertrauensleutewahlen in Delegiertenversammlung und im Ortsvorstand diskutiert.
- Alle Verwaltungsstellen haben strategische Betriebe mit mehr als 300, beziehungsweise 100 Beschäftigten benannt.
- In der Hälfte der Verwaltungsstellen wurden konkrete Zielvereinbarungen zum Aufbau neuer Vertrauensleute-Strukturen getroffen.
- 86 Prozent der Vertrauensleute wurden im Betrieb gewählt.

LEIHARBEIT

Der Boom bei Arbeitskräften auf Zeit ist ungebrochen

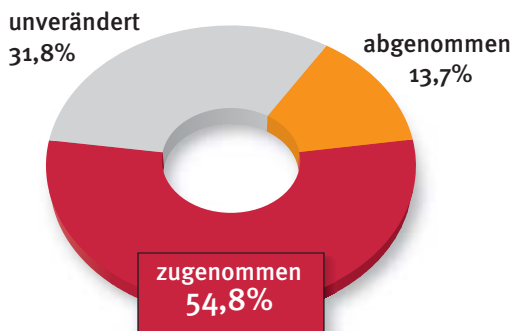
Leiharbeit bleibt für Betriebsräte ein großes Thema. Wie die neue Betriebsrätebefragung des WSI zeigt, beschäftigen gut 37 Prozent der Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und Betriebsrat zwischen Anfang 2005 und Herbst

2007 Leiharbeiter. In gut der Hälfte der befragten Betriebe stieg die Zahl der Leiharbeiter. Fast 40 Prozent gaben an, dass die Beschäftigten auf Zeit länger im Betrieb blieben. Nur in etwa 14 Prozent der Betriebe war die Zahl und die Ein-

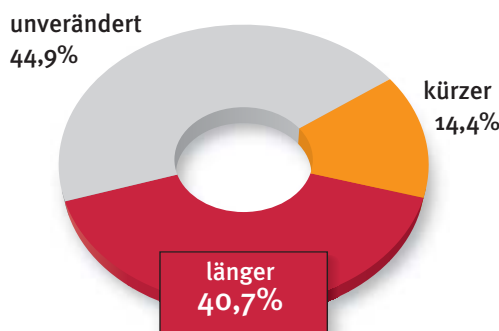
satzdauer zurückgegangen. Für die WSI-Forscher zeigen die Zahlen, dass sich die Funktion von Leiharbeit wandelt. Sie ersetzt zunehmend reguläre Beschäftigung. Das berichtete auch ein Viertel der befragten Betriebsräte.

Leiharbeit: Thema für jeden dritten Betriebsrat

»Wie hat sich die Zahl der Leiharbeitnehmer im Betrieb entwickelt?«



»Wie hat sich die durchschnittliche Einsatzdauer der Leiharbeitnehmer im Betrieb entwickelt?«



Jeweils Veränderungen in den letzten zwei Jahren. Quelle: WSI Betriebsrätebefragung 2007 © Hans-Böckler-Stiftung 2008

► Mehr Infos zur Vertrauensleutearbeit und den Wahlen im Extranet:

www.extranet.igmetall.de

→ Aktive

→ Vertrauensleute

Dort findet Ihr auch den VKL-Newsletter für Vertrauenskörperleitungen mit vielen betrieblichen Handlungsbeispielen.

► Die IG Metall hat eine Kampagne zur Leiharbeit gestartet. Mehr dazu gibt es im Extranet:

www.extranet.igmetall.de

→ IG Metall

→ Kampagne Leiharbeit

Infolge der Rentenreformen vergangener Jahre sowie dramatischer Veränderungen in der Arbeitswelt kehrt das alte Problem der Altersarmut zurück.

... Altersarmut

Mehr Informationen zum Thema gibt es beim DGB-Bundesvorstand:
► www.dgb.de

Seit 1992 haben eine Reihe von Reformen das Leistungsniveau der Rentenversicherung deutlich reduziert. Bis 2030, schätzt eine Modellrechnung der Bundesregierung, wird sich das Nettorentenniveau vor Steuern um rund ein Fünftel reduzieren, von heute 53 auf 43 Prozent. Selbst Durchschnittsverdiener müssen dann 35 Jahre lang arbeiten, um mit ihrer Rente wenigstens über die Grundsicherung zu gelangen.

Mit einem Ausgleich zwischen den Generationen, wie die Politik ständig betont, haben die vergangenen Rentenreformen allerdings nichts gemein. »Im Kern ging es um Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer«, analysiert Hans-Jürgen Ur-

ban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Zwar seien die Rentenversicherungsbeiträge stabil geblieben. Aber dies bedeute auch, dass Renten später niedriger ausfielen – gerade für die Jungen.

Ergänzt wird der Leistungsabbau durch gravierende Veränderungen in der Arbeitswelt: Leiharbeit, Mini- und Ein-Eurojobs sowie befristete Jobs sind auf dem Vormarsch, der Anteil fester Stellen nimmt kontinuierlich ab.

Nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) sind zurzeit weit über eine Million Menschen länger als zwölf Monate arbeitslos. Knapp sieben Millionen sind nur geringfügig beschäftigt. Darüberhinaus werden rund 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte zu Löhnen beschäftigt, die unterhalb der Hälfte des Durchschnittslohnes liegen. Und von den 650 000 Leiharbeitern benötigt jeder achte zusätzlich Arbeitslosen-geld II.

Dass solch prekäre Beschäftigungsverhältnisse auf die künftigen Rentenzahlungen drücken,

liegt auf der Hand. Spätestens in den Jahren 2020/2030, schätzt der Paritätische Wohlfahrtsverband, wird die Altersarmut einen Anteil »von zehn Prozent oder mehr« erreicht haben. Derzeit leben etwa 2,5 Prozent der Rentner von der sogenannten Grundsicherung.

Dass die Altersarmut wachsen wird, deuten auch die durchschnittlichen Rentenzahlungen an neue Pensionäre an. Bezog ein westdeutscher Rentner im Jahre 2000 noch 883 Euro monatlich, waren es 2006 nur noch 790. Nach DGB-Schätzungen wird die Rente bis 2030 um rund ein Drittel niedriger ausfallen.

Um das Problem zu entschärfen, hat der DGB »Eckpunkte« vorgelegt. Sie sehen vor, die Rentenformel grundlegend zu überarbeiten und eine Erwerbstätigenversicherung einzuführen.

Selbständige, Beamte und Politiker sollen mit Übergangsfristen einbezogen werden. Zusätzlich sollen die Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten wegfallen und niedrige Einkommen bei der Rente besser bewertet werden.

AGA-ARBEIT

AGA betreut Kfz

Bei der IG Metall Krefeld kümmern sich Senioren aus dem Arbeitskreis Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit (AGA) um Kfz-Betriebe. Zwei ehemalige Gewerkschaftssekretäre und sechs ehemalige Betriebsräte fahren mit dem »Infomobil« der Verwaltungsstelle zu Kfz-Betrieben, bringen Infos vorbei und beraten. Elf bislang nicht erschlossene Kfz-Betriebe bekommen so eine IG Metall-Betreuung durch einen AGA-Paten. »Anfeindungen durch einzelne Geschäftsleitungen haben sich mit Hinweis auf unser Zutrittsrecht schnell erledigt«, erzählt IG Metall-Sekretär Ralf Claessen.

Die IG Metall hatte in der Delegiertenversammlung zur Unterstützung in der Kfz-Tarifrunde aufgerufen. In Krefeld gibt es schon seit Jahren AGA-Aktive, die neben Betriebsbetreuung auch Wohnbereichsarbeit leisten.

TARIFLOSE

So gehts zum Tarif

Die IG Metall Neuwied lädt nicht-tarifgebundene Betriebe zu Infoveranstaltungen ein. Dort werden Wege zum Tarif verabredet. Zur Veranstaltung Anfang Mai kamen sechs Betriebe. Der Anreiz: »Die Entgelte liegen dort mittlerweile bis zu zwölf Prozent unter dem Flächentarif«, erklärt der Bevollmächtigte Wolfgang Collet. Auf der Veranstaltung wurden betriebliche Probleme besprochen und Erfahrungen ausgetauscht. Mit den Betriebsräten verabredete die IG Metall Schritte zur Zusammenarbeit und zum Aufbau betrieblicher Strukturen.

Nach einer ersten Veranstaltung im letzten Jahr gibt es in einem Betrieb mit 330 Beschäftigten bereits konkrete Erfolge: Dort wurden erstmals Vertrauensleute gewählt und ein Vertrauenskörper konstituiert. Und auch die Anzahl der IG Metall-Mitglieder ist deutlich gestiegen.

VEREINBARUNG

Investition genutzt

Bei Cloos Schweißtechnik hat die IG Metall Herborn eine Beschäftigungssicherung ohne Opfer vereinbart. Die Geschäftsleitung hatte vergangenes Jahr angekündigt zu investieren. Damit war jedoch auch eine Umorganisation verbunden. »Wir haben gesagt: Das ist mitbestimmungspflichtig. Wir wollen eine Betriebsvereinbarung«, erklärt der Bevollmächtigte Hans-Peter Wieth. Die Geschäftsleitung hat lange Verhandlungen verweigert.

Doch IG Metall und Betriebsrat starteten eine Reihe betrieblicher Aktionen. »Das war zuerst bei der positiven Wirtschaftslage schwer zu vermitteln«, erklärt Wieth. »Doch schließlich standen alle solidarisch zusammen.«

Bis 2012 sind nun betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen. Die Zahl der Azubis und deren Übernahme ist festgeschrieben. Und es gibt Neueinstellungen.

► **Mehr Infos und Material zur Außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit (AGA) gibt es im Extranet:**
www.extranet.igmetall.de
→ IG Metall
→ Konferenzen
→ Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit

SCHIKANEN

Mobbingopfern steht Schmerzensgeld zu

Der Arbeitgeber muss im Rahmen seiner Möglichkeiten Beschäftigte vor Schikanen, unwürdigen Behandlungen, Gehässigkeiten und Beleidigungen durch Vorgesetzte, Mitarbeiter oder Dritte schützen. Das Bundesarbeitsgericht hat zum ersten Mal anerkannt, dass Beschäftigte Mobbing nicht hinnehmen müssen. Obwohl Mobbing kein eigenständiger Rechtsbegriff ist, wird darunter ein systematisches Anfeinden, Schikanieren oder Diskriminieren eines Beschäftigten durch Vorgesetzte oder Arbeitnehmer untereinander verstanden.

Es liegt allerdings im Ermessen des Arbeitgebers, welche Maßnahmen er dagegen ergreift. Ein Mobbing-Opfer hat keinen Anspruch darauf, dass der Mobber entlassen wird. Er kann auch nicht darauf bestehen, dass ein neuer Arbeitsplatz für ihn geschaffen wird. Der Arbeitgeber haftet jedoch für Schäden, wenn während der Arbeit gemobbt worden ist. Dazu gehört auch ein Schmerzensgeld. Die Höhe legt das Gericht fest.

BAG vom 25. Oktober 2007 – 8 AZR 593/06

DIENSTCOMPUTER

Wer zuviel privat surft, kann rausfliegen

Wer seinen Computer am Arbeitsplatz exzessiv für private Zwecke nutzt, kann fristlos gekündigt werden. Eine gelegentliche private Nutzung rechtfertigt allerdings nur eine Abmahnung.

Hat etwa ein Arbeitnehmer innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten fünf Stunden lang Erotikbilder auf seinem Dienst-PC betrachtet, stellt das noch keine exzessive private Nutzung dar. Der Arbeitgeber kann deshalb dem Beschäftigten in diesem Fall auch keine Kündigung aussprechen, sondern nur mit einer Abmahnung reagieren.

LAG Rheinland-Pfalz vom 13. Dezember 2007 – 10 SA 505/07

KÜNDIGUNG

Möglichkeiten der Weiterbeschäftigung

Wenn aufgrund einer Betriebsänderung im Interessensausgleich die zu kündigenden Arbeitnehmer namentlich benannt sind, so wird im Kündigungsschutzprozess vermutet, dass die für die Kündigung erforderlichen betrieblichen Gründe vorliegen. Das Gericht kann dann nicht nur davon ausgehen, dass es in dem betroffenen Betrieb keine weiteren Beschäftigungsmöglichkeiten gab, sondern auch in anderen Betrieben des Unternehmens. Das gilt in vollem Umfang, wenn der Gesamtbetriebsrat den Interessensausgleich abgeschlossen hat.

Hat lediglich der Einzelbetriebsrat der Namensliste zugestimmt, kann ein gekündigter Arbeitnehmer mit dem Verweis auf Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen Betrieben dagegen vorgehen. Kann er dafür auch konkrete Anhaltspunkte nennen, muss nun wiederum der Arbeitgeber nachweisen, dass sich die Betriebsparteien auch mit Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen Betrieben befasst haben.

BAG vom 6. September 2007 – 2 AZR 715/06

BETRIEBSÜBERGANG

Tarifansprüche wirken fort

Tarifnormen gelten auch nach einem Betriebsübergang an einen nicht tarifgebundenen Erwerber weiter. Allerdings bestimmt § 613a Abs. 1 Satz 2 BGB, dass sie dann nur noch Teil der jeweiligen Individualarbeitsverträge sind. Das gilt auch, wenn die Bestimmungen des Tarifvertrags erst zu einem späteren Zeitpunkt nach dem Betriebsübergang wirksam werden.

Das kann zum Beispiel dann der Fall sein, wenn eine Entgelterhöhung für mehrere Jahre in mehreren Stufen vereinbart wurde und einige erst nach dem Betriebsübergang wirksam werden.

BAG vom 19. September 2007 – 4 AZR 711/06

MITBESTIMMUNG

Taschenkontrollen nach Arbeitsende

Zeit für Taschenkontrollen, die durch eine Betriebsvereinbarung gestattet ist, gehört nicht zur Arbeitszeit. Deshalb verletzt der Arbeitgeber keine Mitbestimmungsrechte, wenn er solche Kontrollen erst nach Verlassen des Arbeitsplatzes durchführt. Bei Testeinkäufen, die das Verkaufsverhalten der Beschäftigten prüfen sollen, besteht kein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats nach § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG.

LAG Nürnberg vom 10. Oktober 2006 – 6 TaBV 16/06

KÜNDIGUNG

Schwerwiegender Verdacht reicht aus

Für eine außerordentliche Kündigung reicht es bereits aus, wenn der dringende schwerwiegende Verdacht einer Straftat oder einer erheblichen Vertragsverletzung besteht. Die Vertragsverletzung oder Straftat muss nicht bereits bewiesen sein. Jedoch kann ein solcher Verdacht nicht allein durch die Einleitung eines staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens oder einer richterlichen Durchsuchungsanordnung begründet werden. Es reicht nicht aus, sich auf Verdächtigungen zu berufen, die sich auf mehr oder weniger haltbare Vermutungen stützen.

BAG vom 29. November 2007 – 2 AZR 724/06

BETRIEBSRENTE

Ausschluss bei höherer Vergütung

Unterschiedliche Vergütungssysteme können den Ausschluss von Versorgungsleistungen rechtfertigen. Das gilt dann, wenn die ausgeschlossene Arbeitnehmergruppe durchschnittlich eine erheblich höhere Vergütung erhält. Mit dem Mehrverdienst kann Eigenvorsorge fürs Alter betrieben werden.

BAG vom 21. August 2007 – 3 AZR 269/06

► **Praxisworkshop:** Der AiB-Verlag bietet einen Praxis-Workshop zum Thema »Beendigung von Arbeitsverhältnissen« am 19. Juni in Münster an.
► www.aib-verlag.de

TERMINE

26. und 27. Juni

Im Rahmen des gewerkschaftlichen Gutachter-netzwerkes findet eine Betriebsräteschulung zum Thema »Eingangs-qualifikation, Einsetz-barkeit und Eingruppie-rung von Absolventen der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge in Wirtschaft und Verwal-tung« statt. In vielen Fir-men herrscht große Un-sicherheit über die Ein-satzmöglichkeiten und tarifliche Eingruppie-rung. Das Thema ist für Personalabteilungen so-wie für Betriebs- und Personalräte gleicher-maßen Neuland. Das Se-minar liefert Grundla-genwissen und neueste Erfahrungen mit den Ab-schlüssen in Betrieben, Institutionen und Orga-nisationen. Die Veran-staltung fällt unter Para-graf 37,6 BetrVG und fin-det in Berlin statt.

► www.extranet.igmetall.de

igmetall.de

→ Themen → Bildung

STELLENANGEBOTE

Die **IG Metall-Vorstandsverwal-tung** sucht ab sofort für eine unbe-fristete Vollzeitstelle eine/n

politische/n Sekretär/in

für den Bereich Sozialpolitik, Res-sort »Allgemeine Sozialpolitik«.

Aufgaben: Erarbeitung von Analy-sen und Bewertung sozial- und arbeitsmarktpolitischer Entwick-lungen in Deutschland und Euro-pa. Erarbeitung von gewerk-schafts- und sozialpolitischen Strategien sowie arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Konzepten. Wahrnehmung von Veranstaltungen in Verwaltungs-stellen, Bezirksleitungen, Akade-mien und gesellschaftlichen Or-ganisationen im nationalen und europäischen Rahmen.

Anforderungen: Traineeprogramm der IG Metall, Studium an der Aka-demie der Arbeit oder gleichwertige Fachwissen.

Grundlegende Kenntnisse und Er-fahrungen im Bereich der Wirt-schafts-, Gesellschafts- und Ge-werkschaftspolitik. Fundierte Kenntnisse und Erfahrungen im Feld der Sozialpolitik zur Ökono-mie, zum Leistungsrecht und zum institutionellen Aufbau der sozia-len Sicherungssysteme.

Bewerbungen: IG Metall-Vorstand, FB Organisation und Per-sonal, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt. Mehr Infos gibt es bei Christina Geisthardt, Telefon 069 – 66 93-2450.

ZITATE

»Ich habe mit der Kanzlerin in dieser Sache gut zusammengearbei-tet, nehme aber auch zur Kenntnis, dass die CDU-Vorsitzende nicht immer hinter der Kanzlerin steht.«

Olaf Scholz, Bundesarbeitsminister, zur Kritik von Angela Merkel an der Außendarstellung der geplanten Rentenerhöhung.

»Ich bin ein verkannter Mann.«

Oskar Lafontaine, Die Linke, in einem »taz«-Interview über sein Image.

STELLENANGEBOTE

Die Verwaltungsstelle **München** sucht ab sofort eine/n

politische/n Sekretär/in.

Aufgaben: Betreuung und Koordi-nation der Jugend-, Jugendbil-dungs- und Berufsbildungsarbeit. Jugend- und Auszubildendenver-tretungen beraten und betreuen. Kampagnen planen. Öffentliche Mittel für Jugendarbeit verwalten und abrechnen. Tariffragen im Ausbildungsbereich.

Anforderungen: IG Metall-Trainee-programm, Akademie der Arbeit oder Fachwissen aus anderen ge-werkschaftlichen Bildungseinrich-tungen. Erfahrungen mit betrieb-licher Interessenvertretung und gewerkschaftlicher Jugendarbeit. Qualifizierte Kenntnisse im Ausbil-dungsrecht, der Berufsausbildung und in tarifpolitischen Fragen.

Bewerbungen bis 6. Juni: IG Me-tall, z. H. Horst Lischka, Schwan-thalerstraße 64, 80336 München. Telefon 089 – 514 11-11.

Die Verwaltungsstelle **Gaggenau** sucht ab Herbst eine/n

politischen Sekretär/in

Aufgaben: Betriebs- und Mitglie-derbetreuung sowie von Betriebs-räten, Jugend- und Auszubilden-denvertretungen. Mitgliederwer-beaktionen planen. Mitglieder in Arbeits- und Sozialrechtsfragen beraten. Übernahme weiterer Auf-gaben nach Einarbeitung.

Anforderungen: IG Metall-Trainee-programm, Akademie der Arbeit oder Fachwissen aus anderen ge-werkschaftlichen Bildungseinrich-tungen. Erfahrungen mit betrieb-licher Interessenvertretung und ge-werkschaftlicher Jugendarbeit so-wie als Betriebsrat oder JAV.

Bewerbungen bis 23. Juni: IG Me-tall, z.H. Roman Zitelsberger, Hauptstraße 83, 76571 Gaggenau. Telefon 07225-96 87-0.



Karikatur: Thomas Pfaffmann